

Philippinische Migrantinnen gründen ein europaweites Netzwerk

Erste Konferenz von Filipinas aus Europa in Barcelona

Die meisten der 70 philippinischen Frauen, die sich zur ersten europaweiten philippinischen Migrantinnen-Konferenz im September 1992 in Barcelona versammelt hatten, waren aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa gekommen, nicht vergleichbar mit den Spaniern, die vor 471 Jahren auf die Philippinen vordrangen. Anders als Ferdinand Magellan und die spanischen Kolonialisten und Missionare, die in ihrer Zeit in fremde Länder eindringen, um sich zu bereichern, verlassen die Filipinas ihr Land, weil sie keine andere Wahl haben. Armut, nicht ein expandierender nationaler Reichtum, veranlaßt sie, ins Ausland zu gehen, nicht die Gier nach größerem Reichtum, sondern das einfache Bedürfnis zu überleben.

Die Teilnehmerinnen der Konferenz kamen von MigrantInnen-Initiativen aus fast allen europäischen Ländern, die sich für die steigende Zahl von Filipinos auf dem Kontinent einsetzen. Das wichtigste Thema war die Stärkung von Selbstbewußtsein der Frauen (empowerment), die 80 Prozent der auf eine halbe Million geschätzten Filipinos in ganz Europa ausmachen.

Nach vier Tagen intensiver Debatten gründeten sie die Allianz "Babaylan - Netzwerk philippinischer Frauen in Europa", der Filipinas aus 11 Ländern Europas angehören, aus Schottland, Dänemark, Großbritannien, Deutschland, Norwegen, den Niederlanden, Österreich, Schweden, Italien, der Schweiz und Spanien. Die Allianz wird eine Informations- und Lobbyarbeit für Fragen aufnehmen, die alle MigrantInnen betreffen, wie Auswirkungen der europäischen Einheit, wachsende Ausländerfeindlichkeit, verschärfte Ausländergesetze, Frauenhandel und Frauenrechte.

Forderung von Amnestie und bilateralem Arbeitsabkommen

Im Mittelpunkt der Debatte standen die Probleme, die alle Filipinas am meisten beschäftigen: das sind nicht-registrierte Arbeiterinnen, nicht anerkannte Zeugnisse und Abschlüsse, fehlender Arbeitsschutz, unverhältnismäßig lange Arbeitszeiten und viele Formen von Diskriminierung am Arbeitsplatz. Bilaterale Arbeitsabkommen der philippinischen Regierung mit den europäischen Ländern, in denen viele Filipinas leben und tätig sind, wurden als eine vordringliche Aufgabe zur Lösung solcher Probleme betrachtet.

Außerdem wurde eine Amnestie für die nicht-registrierten ArbeiterInnen gefordert, die am stärksten von den gesetzlichen Bestimmungen betroffen sind, wenn die vollen Auswirkungen der EG-Ver-

träge in Kraft tritt. Sie bilden offensichtlich in Norwegen, Frankreich, Italien und Griechenland die Mehrheit. Mindestens 10.000 sind es in Großbritannien, 20.000 in Deutschland und 25.000 in Spanien.

Im Unterschied zu ihren registrierten Kolleginnen, die relativ bessere Arbeitsbedingungen haben, werden diese nicht-registrierten philippinischen Arbeiterinnen mit den größten Problemen konfrontiert, wie niedrigen Löhnen (in Griechenland z.B. betragen die Durchschnittsmonatslöhne allein für Registrierte nur 300-450 DM), Verletzung von Arbeitsverträgen, keine Beitragszahlung für die Sozialversicherung durch die Arbeitgeber und sexuelle Belästigung.

Der Status ohne Registrierung ist die Ursache von andauernder Unsicherheit und anderen belastenden Problemen, wie z.B. in Frankreich. *Neaunzig Prozent der Filipinos dort sind nicht registriert, so daß die meisten von ihnen keine Motivation haben, Französisch zu lernen. Sie denken dauernd, daß sie nicht lange bleiben können, so daß sie keinen Sinn darin sehen, die Sprache zu lernen*, sagte Schwester Victoria Joson von der philippinischen Seelsorgestation in Paris.

Unabhängige Aufenthaltserlaubnis

Nach den gegenwärtig geltenden Ausländergesetzen in den meisten europäischen Ländern müssen Filipinas eine Reihe von Jahren mit ihren europäischen Ehemännern verheiratet sein und zusammengelebt haben, bevor sie eine eigene Aufenthaltserlaubnis erhalten. Das bedeutet z.B. in Krisensituationen, daß sie von gewalttätigen Ehemännern alle Formen von Mißhandlungen zu ertragen haben, sich fast zu Tode prügeln lassen müssen, wenn sie im Lande bleiben möchten, um ihre Kinder zu erziehen. Denn bei Scheidung werden gemeinsame Kinder fast immer dem europäischen Ehemann zugesprochen, weil ironischerweise die Lebensbedingungen für ein europäisches Kind im armen Ursprungsland der Frau als unzumutbar angesehen werden.

Die Konferenz war der Auffassung, daß Frauen aus der 3. Welt dasselbe Menschenrecht der Freizügigkeit erhalten sollten wie europäische Frauen. Darum forderten die Teilnehmerinnen: *Wie andere mißhandelte Frauen, die Bürger europäischer Staaten sind, sollten auch Filipinas das Recht haben, sich frei zu bewegen und in ein anderes Land zu ziehen, um gewalttätigen Ehemännern zu entkommen*. Alle waren der Ansicht, daß eine Aufenthaltserlaubnis unabhängig von der Heirat mit einem Europäer unbedingt erforderlich ist.

Die Forderung der Filipinas mag unrealistisch erscheinen, wenn man den Trend in vielen europäischen Ländern zu einer restriktiveren Ausländerpolitik in Betracht zieht. Aber es wurde auch als Ausdruck der Stärkung von Selbstbewußtsein (empowerment) betrachtet, eine Politik in Frage zu stellen, die Männern Vorteile verschafft, Frauen zu unterdrücken.

Wir müssen unablässig das patriarchale System herausfordern, das uns unterdrückt, sagte Mukami Mc Crum, die von der "Kommission für philippinische ArbeitsmigrantInnen" (CFMW)* eingeladen worden war, um ihre Erfahrungen mit den Problemen von Migrantinnen aus der Dritten Welt vorzutragen. Die Kenianerin, auch Mitglied des europäischen Kirchen-Komitees für Migrationsfragen, forderte nachdrücklich eine unabhängige Aufenthaltserlaubnis für alle farbigen Frauen, weil sie nur so vor vielen Formen von Gewalt sicher sind, wie Prostituierte oder Barfrauen vor ihren Zuhältern und Arbeiterinnen vor den sexuellen Belästigungen durch ihre Arbeitgeber.

Die "Festung Europa"

Wie alle Konferenzteilnehmer befürchtete auch Mukami, daß durch den europäischen Binnenmarkt im nächsten Jahr alle farbigen Frauen, unabhängig von ihrem Status, Nachteile erfahren werden. *"Unabhängig davon, wie lange wir hier gelebt haben, werden wir häufiger von der Polizei auf der Straße und an Kontrollstellen wegen unserer Hautfarbe aufgehalten werden. Sie werden uns immer für Ausländer und illegale Migrantinnen halten, und wir haben zu beweisen, daß wir es nicht sind"*, sagte sie.

Die Filipinas befürchteten, daß die Länder mit den schärfsten Ausländergesetzen als Modell für andere europäische Mitgliedsländer dienen, wenn die sogenannte Harmonisierung durchgeführt wird. Die Zukunft für alle nicht-registrierten philippinischen ArbeiterInnen, die durch die Lücken der noch unfertigen "Festung Europa" geschlüpft sind, ist in der Tat sehr düster. Aber ihre besser gestellten Kolleginnen werden sie nicht allein lassen.

Sie haben Pläne für europaweite Aktivitäten gefaßt, sie werden sich für ihre Amnestie einsetzen, für ein unabhängiges Aufenthaltsrecht kämpfen, Kampagnen zur Anerkennung von philippinischen Zeugnissen und Abschlüssen durchführen und Beratungsstellen für Filipinas durch Filipinas einrichten. Das mag sehr ehrgeizig erscheinen, aber die Filipinas haben durch ihren organisatorischen Zusammenschluß den ersten Schritt zur Verwirklichung getan.

Emmalyn Liwag

Die Autorin kommt aus den Philippinen und arbeitet in Deutschland als freie Journalistin.

* Die "Kommission für philippinische ArbeitsmigrantInnen" (CFMW), eine Nichtregierungsorganisation in Amsterdam, verfügt über lange Erfahrungen mit Migrationsproblemen von Filipinos in Europa. Ihre Frauenabteilung war mit der Organisation und Durchführung der Konferenz beauftragt worden.